

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich), Albert Schmidt (Hitzhofen), Kristin Heyne, Egbert Nitsch (Rendsburg), Gerald Häfner, Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997**  
**– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6012, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –**

**hier: Einzelplan 12**  
**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr**

Der Bundestag wolle beschließen:

Folgende Titel in Kapitel 12 10 „Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen)“ Titelgruppe 01 „Aufwendungen für den Straßenbauplan“ werden gekürzt:

- Titel 642 12 „Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesautobahnen)“ – Kürzung um 42 000 TDM,
- Titel 642 22 „Pauschale Abgeltung der Zweckausgaben bei Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht (Bundesstraßen)“ – Kürzung um 38 000 TDM,
- Titel 685 01 „Bundesanteil an den Verwaltungskosten der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und Bau GmbH“ – Kürzung um 20 000 TDM (sowie Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen um 20 000 TDM),
- Titel 741 11 „Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau einschl. Lärmschutzmaßnahmen (Bundesautobahnen)“ – Kürzung um 1 650 000 TDM, qualifizierte Sperrung von 350 000 TDM (sowie Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen um 2 000 000 TDM),
- Titel 741 21 „Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau einschl. Lärmschutzmaßnahmen (Bundesstraßen)“ – Kürzung um 900 000 TDM (sowie Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen um 900 000 TDM),
- Titel 742 11 „Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Fernmelde-, Stromversorgungs- und Beleuchtungsanlagen und Einrichtungen zur Beeinflussung des Verkehrs (Bundesautobahnen)“ – Kürzung um 70 000 TDM,

- Titel 742 21 „Erhaltung, Um-, Aus- und Neubau von Fernmelde-, Stromversorgungs- und Beleuchtungsanlagen und Einrichtungen zur Beeinflussung des Verkehrs (Bundesstraßen)“ – Kürzung um 8 000 TDM,
- Titel 821 11 „Grunderwerb (Bundesautobahnen)“ – Kürzung um 100 000 TDM,
- Titel 821 21 „Grunderwerb (Bundesstraßen)“ – Kürzung um 80 000 TDM,
- Titel 822 12 „Erwerb privatfinanzierter Bundesautobahnabschnitte“ – Streichung der Verpflichtungsermächtigungen,
- Titel 822 22 „Erwerb privatfinanzierter Bundesstraßenabschnitte“ – Streichung der Verpflichtungsermächtigungen.

In Kapitel 12 22 „Eisenbahnen des Bundes“ wird folgender Titel erhöht:

- Titel 891 01 „Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes“ – Erhöhung um 2 000 000 TDM.

Folgender Titel wird in Kapitel 12 22 „Eisenbahnen des Bundes“ neu eingefügt:

- Titel „Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes“ in Höhe von 400 000 TDM.

Die geforderten Streichungen bzw. Aufstockungen führen zu einer Verlagerung der Investitionen aus dem Straßenbereich zum Ausbau der Schiene.

Bonn, den 7. November 1996

**Gila Altmann (Aurich)**

**Albert Schmidt (Hitzhofen)**

**Kristin Heyne**

**Egbert Nitsch (Rendsburg)**

**Gerald Häfner**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

## **Begründung**

Eine verkehrspolitische Wende ist aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes dringend erforderlich. Dies muß sich auch in der Verteilung der Haushaltsmittel niederschlagen, bei der ein eindeutiger Schwerpunkt zugunsten der Schiene zu setzen ist.

Die Bundesregierung verfolgt in ihrem Haushaltsentwurf den umgekehrten Weg: Während die Mittel für den Straßenbau im Vergleich zum Vorjahr konstant bleiben, wird die Bahn zur Haushaltskonsolidierung herangezogen. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Kürzung der Investitionsmittel der Schiene in Höhe von 2,8 Mrd. DM im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung ist ein Rückschritt in eine längst überwunden geglaubte

Straßenvorrangpolitik. Damit werden alle früheren Aussagen der Bundesregierung, die Schiene vorrangig fördern zu wollen, als Lippenbekenntnisse entlarvt.

Als ersten Schritt zu einer Verkehrswende schlägt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Straßenbereich Einsparmaßnahmen in Höhe von ca. 2,9 Mrd. DM vor.

Im Gegenzug soll ein großer Teil (2,4 Mrd. DM) der bei der Straße eingesparten Finanzmittel der Schiene zugute kommen. Die im Rahmen des Haushalts 1997 im Verkehrsbereich notwendigen Einsparungen dürfen nicht die Investitionsmittel für die Schiene betreffen. Die Schiene ist seit Jahrzehnten massiv zu kurz gekommen und hat erheblichen Nachholbedarf. Über die Investitionen im Schienenbereich hinaus fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, endlich auch für Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Schienenwegen Finanzmittel bereitzustellen: Was an Bundesfernstraßen seit Jahrzehnten ganz selbstverständlich erfolgt, muß auch bei der Schiene möglich sein!

Die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderten Einsparungen im Einzelplan 12 werden zur Konsolidierung des Bundeshaushalts eingesetzt.

